



HESSISCHER LANDTAG

09. 06. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Eklat um die Verleihung des Hessischen Kulturpreises

Seit dem Islamwissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten Navid Kermani der Hessische Kulturpreis aberkannt wurde, entwickelte sich eine umfassende, bundesweite Debatte um die Umstände dieser Entscheidung. Trotz mehrfacher Aufforderung hatte sich die Landesregierung, die die Vergabe des Kulturpreises verantwortet und im Kuratorium durch Ministerpräsident Roland Koch und Ministerin Eva Kühne-Hörmann vertreten ist, nicht zu diesem Eklat geäußert.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, ihr Schweigen über ihre Motivation und die Umstände, die zur Aberkennung des Kulturpreises an Navid Kermani geführt haben, endlich zu brechen und öffentlich transparent zu machen, wie es zu einem solchen Eklat kommen konnte.
2. Insbesondere wird die Landesregierung aufgefordert darzulegen:
 - auf wessen Initiative die Aberkennung des Preises im Kuratorium entschieden wurde,
 - warum die Auswahl der Zitate aus Navid Kermanis Artikel aus der NZZ vom 14. März 2009 ("Bildansichten: Warum hast Du uns verlassen?" - eine Bildbeschreibung von Guido Renis "Kreuzigung") in der Presseinformation der Staatskanzlei vom 13. Mai 2009 nur die Passagen enthielt, die sich kritisch mit der Betrachtung der Kreuzigung auseinandersetzen, nicht aber die, die ihn bei der ästhetischen Erfahrung des Kreuzigungsbildes bis zu der Aussage "Erstmals dachte ich: Ich - nicht nur: man -, ich könnte an ein Kreuz glauben" geführt haben und zum Verstehen des gesamten Artikels immanent wichtig sind,
 - ob sie die Einschätzung von Kardinal Lehmann, dass der Artikel "fundamentale und unversöhnliche Angriffe auf das Kreuz als zentrales Symbol des christlichen Glaubens" beinhalte, teilt,
 - ob das Kuratorium erwogen hat, Kardinal Lehmann und Herrn Prof. Steinacker anzuraten, dem Beispiel des ursprünglich als Preisträger vorgesehenen Fuat Sezgin zu folgen und auf die Entgegennahme des Preises zu verzichten, wenn sie aus persönlichen Gründen nicht gemeinsam mit einem anderen vom Kuratorium ursprünglich benannten Preisträger geehrt werden wollten,
 - ob das Kuratorium beschlossen hat, vor der endgültigen Entscheidung das Gespräch mit Navid Kermani zu suchen und ob dies versucht wurde,
 - warum im Zeitraum zwischen dem Zeitpunkt der Entscheidung des Kuratoriums am 29. April 2009 bis zu dem Tag der Veröffentlichung der Entscheidung am 13. Mai 2009 nicht versucht wurde, Navid Kermani vorab über die Aberkennung des Preises zu informieren.
3. Die Landesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, einen öffentlichen Dialog zur Vergabe des Hessischen Kulturpreises 2009 zu veranlassen. Der beabsichtigte, nicht öffentliche Dialog zwischen den

vier vormals nominierten Preisträgern ist nicht geeignet, den stattfindenden öffentlichen Diskurs über die Entscheidung des Kuratoriums zu entschärfen. Die Vertreter der Landesregierung sowie die übrigen Mitglieder des Kuratoriums werden aufgefordert, die Gründe ihrer Entscheidungen öffentlich darzulegen und sich der Diskussion darüber zu stellen.

Begründung:

Aufgrund der in der Öffentlichkeit bisher nicht transparent kommunizierten und nicht nachvollziehbaren Entscheidung des Kuratoriums, Navid Kermani den Preis wieder abzuerkennen, wurden vernehmliche Stimmen in der Öffentlichkeit laut, die von einem Messen mit zweierlei Maß in Bezug auf die unterschiedlichen Glaubensbekenntnisse des Christentums und des Islams sprechen. Das bisherige Scheitern der Vergabe des Kulturpreises wirft ein negatives Licht auf die Situation des interreligiösen Dialogs und auf den Stand der Integrationsbemühungen nicht nur in Hessen. Da es sich bei dem Hessischen Kulturpreis um einen gestifteten Preis des Ministerpräsidenten handelt und die Landesregierung auch im Kuratorium vertreten ist, trägt die Landesregierung die politische Mitverantwortung für die durch das Kuratorium gefasste Entscheidung. Auch für die Erweckung des Eindrucks der Ungleichbehandlung von Christen und Muslimen trägt die Landesregierung die politische Verantwortung. Daher sehen wir die Landesregierung auch in der Verantwortung, die notwendige Transparenz über die Vorgänge herzustellen, und wir sehen die Landesregierung in der Pflicht, alles in ihrem Ermessen stehende dafür zu tun, der Ungleichbehandlung vom Menschen mit unterschiedlichem religiösem Hintergrund entgegenzuwirken.

Wiesbaden, 9. Juni 2009

Die stellv. Fraktionsvorsitzende:
Kordula Schulz-Asche